

Dienst für allgemeine aussen-
wirtschaftspolitische Fragen

Bern, 20. Juni 1975

EE 757.3.0.6 Jag/be

Die bisherigen Stadien des "Dialogs"

Im Schlusscommuniqué der von den USA zur Ueberwindung der im Oktober 1973 ausgebrochenen Erdölkrise einberufenen Ministerkonferenz von Washington im Februar 1974 wurde die Herstellung eines "konstruktiven Dialogs" zwischen Erdölförderstaaten und Erdölverbraucherstaaten als vorrangiges Ziel bezeichnet. Man nahm sogar hierfür einen Zeitpunkt (Mai 1974) in Aussicht, doch schlug die französische Regierung anfangs 1974 vor, im Rahmen der UNO eine Erdölkonferenz abzuhalten, eine Idee, die später von Algerien übernommen und gewissermassen zu einer Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der UNO "umfunktioniert" wurde, die dann im Frühjahr 1974 in Form einer Sondertagung der UNO-Generalversammlung stattfand, in deren Mittelpunkt die Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung stand.

Nachdem das im Sommer 1974 ausgearbeitete und im letzten November unterzeichnete Uebereinkommen über ein internationales Energieprogramm, die Förderung eines konstruktiven Dialogs zwischen Produzenten und Konsumentenstaaten als eines der wichtigsten Ziele der in der Internationalen Energieagentur der OECD (IEA) vereinigten westlichen Industriestaaten bezeichnete, ergriff Frankreich, das einen Beitritt zur Agentur ablehnte, da ein Zusammenschluss der wichtigsten Erdölimportländer die Gefahr einer Konfrontation mit den Erdölexportstaaten verschärfe, im Oktober 1974 erneut die Initiative. Präsident Giscard d'Estaing schlug vor, eine Konferenz zwischen Produzen-

ten und Konsumentenstaaten abzuhalten, wobei die Teilnehmer nach der vom saudi-arabischen Erdölminister Yamani vorgeschlagenen Formel ausgewählt werden sollten. Dieser Vorschlag fand anlässlich des Gipfeltrëffens von La Martinique im Dezember 1974 die grundsätzliche Zustimmung von Präsident Ford und auch die Reaktionen der OPEC-Staaten und der "blockfreien" Staaten (Dakar) war grundsätzlich positiv.

Anfangs März lud der französische Staatspräsident darauf - gemäss Yamani-Formel - die vier OPEC-Staaten Algerien, Iran, Saudi-Arabien und Venezuela, die Entwicklungsländer Brasilien, Indien und Zaire sowie die Vereinigten Staaten, Japan und die Europäischen Gemeinschaften auf den 7. April zur Teilnahme an einer Vorkonferenz über Energiefragen nach Paris ein. Ziel dieser vorbereitenden Tagung war es, die Tagesordnung, den Teilnehmerkreis und die sonstigen Modalitäten einer für den Sommer vorgesehenen Hauptkonferenz zwischen Produzenten- und Konsumentenstaaten festzulegen. Währendem bezüglich des Teilnehmerkreises für die Hauptkonferenz eine grundsätzliche Einigung auf eine begrenzte, aber repräsentative Teilnehmerzahl (8 Industrieländer, 7 Länder der OPEC, 11 oder 12 Entwicklungsländer) sowie über das Vorgehen zur Bezeichnung der Teilnehmer erzielt wurde, konnten die zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern bestehenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Prioritäten der an der Hauptkonferenz zu besprechenden Themen nicht überbrückt werden, weshalb die Gespräche am 15. April abgebrochen oder - gemäss neuerer Terminologie - unterbrochen wurden.

Die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Produzenten- und den Industrieländern bezüglich der Tagesordnung zeichneten sich schon vor der Vorkonferenz ab. Anfangs März stellten die in Algier tagenden Staatschefs der OPEC-Staaten in einer "feierlichen" Erklärung fest, dass der Dialog sich nicht nur auf Energiefragen beschränken könne, sondern dass

auch und in gleicher Priorität die Problemkreise Rohstoffe, Entwicklungsfragen und internationale Währungsangelegenheiten behandelt werden müssten. Sie unterstrichen damit die anfangs Jahr in Dakar aufgestellten Forderungen der "blockfreien" Staaten und stellten eine Verbindung zwischen ihrer Konzessionsbereitschaft in Energiefragen und ihren Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung her.

Die Mitglieder der IEA lehnten das von den OPEC-Ländern geforderte Gespräch über Entwicklungs- und Rohstofffragen nicht grundsätzlich ab. Sie wollten die Vertiefung dieser Probleme jedoch den hierfür zuständigen, bereits bestehenden Organisationen überlassen, um den Energiefragen, für die noch kein internationales Gremium besteht, eine gewisse Priorität zu erhalten und eine Belastung der Hauptkonferenz mit einer Vielzahl von Themen zu vermeiden. Die Schweiz entwickelte dabei die Vorstellung, die Konferenz mit einer gemeinsamen allgemeinen Analyse der weltwirtschaftlichen Lage zu beginnen, die auf die Auswahl sowie die Zuteilung der zu behandelnden Probleme auf die zuständigen internationalen Organisationen ausmünden würde.

Im übrigen legte man innerhalb der IEA das Schwergewicht der Anstrengungen auf die Probleme der langfristigen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern, da die Vereinigten Staaten Fortschritte der Agentur in den folgenden Bereichen als eine grundlegende Voraussetzung für eine Gesprächsaufnahme mit den Produzentenländern betrachteten:

- Sicherung der Versorgung in Krisenzeiten
- Schaffung eines währungspolitischen Solidaritätsfonds
- Festlegung eines gemeinsamen Sofortzieles für die Einsparung von Erdöl
- Vereinbarung über die Förderung der Produktion von Ersatzenergien.

Diese Ziele konnten erreicht oder zumindest in greifbare Nähe gerückt werden.

Trotz des Scheiterns der Vorkonferenz wurde sie von den Teilnehmerstaaten nicht als Misserfolg bezeichnet, sondern als nützliche Etappe auf dem Weg zu einem gemeinsamen Gespräch gewertet.

Gewisse Anzeichen liessen schon während der Vorkonferenz auf eine Ueberprüfung der Haltung der Vereinigten Staaten in der Rohstofffrage schliessen. Diese wurden durch die Rede Kissingers von Mitte Mai in Kansas City und seinen Erklärungen vor den IEA- und OECD-Ministern bestätigt. Kissinger stellte unter anderem fest, dass im Hinblick auf ein gemeinsames Gespräch mit den Produzentenstaaten die folgenden Bereiche der Zusammenarbeit nach wie vor volle Gültigkeit behalten:

- Die Rückschleusung der Ueberschüsse der Förderstaaten
- Die klare Umschreibung der Investitionspolitik der Industriestaaten
- Die Industrialisierung der Förderländer
- Die gemeinsame Verantwortung von Produzenten- und Industrieländern für die Lage der ärmsten Völker
- Der Erdölpreis und die Versorgungssicherheit.

Neben dem Energiesektor müsse jedoch auch im Bereich der Nahrungsmittelproduktion, der Rohstoffe, des Handels und der Finanzhilfe rasche Fortschritte in der internationalen Zusammenarbeit erzielt werden.

Kissinger unterstrich die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, die Vorkonferenz wieder aufzunehmen. Er schlug vor, die wichtigsten Fragen wie Energie, Rohstoffe und Entwicklung in gesonderten Ausschüssen zu behandeln. Die Ausschüsse sollten alle Aspekte (finanzierungs-, währungs-, handels-, investitionspolitische Probleme, Produktion, Versorgung etc.) eines Be-

reiches behandeln und könnten gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeitpunkten tagen, jedoch ohne willkürlichen Termin zur Beendigung der Arbeiten. Für Fragen, die in anderen Organisationen schon behandelt werden, sollten sie als koordinierendes und impulsgebendes Organ wirken. Der Teilnehmerkreis sollte nicht in allen Ausschüssen die gleiche Zusammensetzung aufweisen, sondern in jedem Ausschuss würden die Länder vertreten sein, die am betreffenden Problem am stärksten interessiert sind (z.B. wichtigste Produzenten- und grösste Konsumentenländer).

An den Ministerkonferenzen der IEA und der OECD wurde im übrigen einmütig festgestellt, dass eine Fortsetzung des Dialogs - nach sorgfältiger Vorbereitung - notwendig sei und es wurden in dieser Beziehung drei Beschlüsse gefasst:

- Erstens wurde der Verwaltungsrat der Energieagentur damit beauftragt, unverzüglich die Möglichkeiten einer Fortsetzung des Dialogs zu überprüfen und diesen gründlich vorzubereiten;
- zweitens wurde zur Ueberprüfung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern und den Entwicklungsländern eine ad hoc-Arbeitsgruppe auf hoher Ebene geschaffen;
- drittens wurde eine weitere ad hoc-Arbeitsgruppe auf hoher Ebene zur Ueberprüfung der Rohstoffprobleme eingesetzt.

Beide Arbeitsgruppen wurden der Obhut des CES unterstellt.

Obwohl auch auf Seiten der Produzentenstaaten und der Entwicklungsländer die Bereitschaft festzustellen ist, die Gespräche von Paris fortzusetzen, ist die Wiederaufnahme des Dialogs noch unbestimmt. Sicher dürfte sie nicht vor der nächsten Sondersession der UNO-Generalversammlung vom September 1975 erfolgen. Die Bestrebungen zur Wiederaufnahme des Dialogs sind zudem von der Gefahr eines neuen Missverständnisses zwischen

den Vereinigten Staaten und Frankreich bezüglich der vorgesehenen Arbeitsgruppen. ^{umgeben} Währenddem Kissinger, dessen Ausführungen allerdings noch einer gewissen Konkretisierung bedürfen, eine Fortsetzung des Dialogs in drei getrennten, voneinander unabhängigen Ausschüssen für Energie, Rohstoffe sowie Entwicklung anstrebt, scheint Frankreich eher den globalen Approach Algeriens zu unterstützen und allfällig zu schaffende Ausschüsse lediglich als ein Hilfsmittel zur Erarbeitung einzelner Elemente eines globalen Problems zu betrachten.

Neben dieser gegensätzlichen Konzeption der Gespräche vertritt Frankreich auch in Bezug auf die Modalitäten einer Wiederaufnahme eine von den Mitgliedsländern der IEA abweichende Haltung, da es als nächsten Schritt bereits eine auf 26/27 Teilnehmer erweiterte Konferenz abhalten möchte, währenddem die Länder der IEA eine Wiederaufnahme der Vorkonferenz befürworten.

Die Pariser-Vorkonferenz hat im übrigen gezeigt, dass die Erarbeitung konstruktiver Lösungsvorschläge in den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit und der Rohstoffe eine grundlegende Voraussetzung für einen erfolgreichen Dialog darstellt.

* * *